

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 10/21 — Telefon 4506

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Das Steuerprogramm.

Berlin, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie wir erfahren, wird das Reichskabinett sich in den nächsten Tagen über die dringliche Fassung der Steuererordnungen, die dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentreten Anfang September zugehen sollen, schlüssig werden.

### Hauptmann an Gorki über die Hilfe für Rußland.

Berlin, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) General Hauptmann hat an Gorki auf dessen Hilferuf für Rußland am Sonntag eine Antwort telegraphiert, die nach einigen allgemeinen Bemerkungen über Krieg und Menschlichkeit mit folgenden Sätzen schließt: „Die ganze zivilisierte Welt hat Ihnen erschütternden Ruf nicht nur mit den Ohren, sondern auch mit dem Herzen gehört. Sie wird ihn nicht ohne Antwort lassen. Je mehr Sie etwas zu tun imstande ist, je besser es ihr gelingt, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, um so tiefer wird sie die Menschheit entzünden. Was aber das deutsche, schwer gepflügte, jedoch allezeit hilfsbereite Volk betrifft, so ist es schon heute durch den Ruf aus dem Osten tief erregt und bewegt und ich darf getrost sagen, daß Volk und Reichsregierung in dem innigen Wunsch einig sind, nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe zu leisten.“

### Ein politischer Einbruch.

Berlin, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bei dem ehemaligen russischen Oberst Grenberg wurde in seiner Abwesenheit eingebrochen und angeblich im Auftrag der Polizei die Wohnung durchsucht. Alle Papiere und Akten wurden mitgenommen und der Frau bedeutet, daß der Oberst sich am Montag in Zimmer 21 des Polizeipräsidiums melden solle. Oberst Grenberg setzte sich nach seiner Abreise mit der Kriminalpolizei in Verbindung und es stellte sich heraus, daß es sich tatsächlich um einen, von langer Hand vorbereiteten Aufruhr handelte. Oberst Grenberg hat, wie die letzte Note der Sowjetregierung durch Vorbringung zweier Dokumente bewies, hier ein Werbebureau für die wehrlose russische Armee unterhalten. Die Abteilung 10 der Kriminalpolizei hatte darauf Nachprüfung veranlaßt, die aber bisher nichts ergeben hatte, was zum Eingreifen Veranlassung gegeben hätte. (!) Es stellte sich heraus, daß keine Polizisten, sondern offenbar Einbrecher aus politischen Gründen die Akten beschlagnahmt hatten.

### Wie die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren umgangen wird.

München, 25. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Im Juli wurde in Großhadern bei München die „Gesellschaft ländlicher Eintracht“ gebildet. Diese Gesellschaft hat, wie es in den Statuten heißt, den Zweck, sich als Stamm einer Einwohnerwehr für den ehemaligen Einwohnerwehrbezirk 19a bereit zu halten für den Fall, daß die Neubildung einer derartigen Organisation wieder einmal möglich oder notwendig werden soll. Ihre Aufgabe wird dann entsprechend den Statuten des ehemaligen Landesverbandes der Einwohnerwehr Bayerns sein. Nach § 2 der Statuten können Mitglieder der Gesellschaft alle unbefehltenen, deutschstämmigen Männer von nationaler Gesinnung werden, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, auf dem Boden der Verfassung stehen und für die Zwecke der Vereinigung eingetretten sind verpflichtet. Die Regierung, die die Verpflichtung hätte, gegen diese neuen Versuche, die Einwohnerwehr auf Umwegen wieder aufleben zu lassen, einzugreifen, züht sich natürlich nicht und tut ebenso gegen diese Versuche nichts, wie sie alle anderen Unternehmungen solcher Art, wie sie überall in Bayern gebildet werden, ruhig fortbestehen läßt.

### Ein alberner Schwindel.

Unter der stimmungsvollen Überschrift: Vor einem neuen Linksputsch verbreitet Stinnes' Telegraphen-Union beflissen eine Meldung, die den Stempel des Spitzelschwindels offen an der Stirn trägt. Sie lautet:  
In Berlin, Köln, Breslau, Bielefeld usw. wurden Personen verhaftet, die in ihren Aussagen, die durch das bei ihnen beschlagnahmte Material bestätigt wurden, zugaben, daß in den nächsten Monaten ein neuer Linksputsch geplant sei, und zwar unter französischer Unterstützung an Geld und Waffen. Ein Kommunist, der ich als Gold- und Silberwarenhändler aus Düsseldorf ausgab, hat in Breslau nach seiner Verhaftung in seinem Geständnis zum Ausdruck gebracht, daß er zwar nun unschuldig gemacht sei, daß aber an seiner Stelle zahllose Mitbrüder (!) seine Ideen weiter verbreiten werden. Frankreich hilft uns, mit Geld und mit Waffen, in Deutschland dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen! Auf verschiedene Fragen, warum Frankreich oder auch nur französische Kreise ein Interesse an der Ausbreitung oder dem Siege des Kommunismus in Deutschland haben sollte, antwortete er Frankreich habe ein sehr großes Interesse daran, eine neue Erschütterung in Deutschland herbeizuführen, da der Haß gegen Frankreich infolge der oberflächlichen Frage usw. bedenklich geiegen sei und die Reaktion sehr an Macht gewonnen habe. Diese zu unterdrücken und zu vernichten, daran seien französische Kreise

sehr interessiert. Der Herd der Hauptorganisation für den neuen Linksputsch befindet sich im besetzten Rheinland. Die Ermittlungen werden sehr eifrig betrieben.

Diese Lügenmeldung soll drei Fliegen mit einer Klappe schlagen, sie soll die Spiescher ängstigen, die Reaktion stärken und die monarchistischen Umsturzverschwörungen verdecken. Daß die Franzosen so dumm sein sollten, den Kommunismus in Deutschland zu fördern, den sie wie den Teufel fürchten, das werden nur völlige politische Schafsköpfe glauben. Wir sind fest überzeugt, daß es sich um eine bestellte Arbeit der Reaktion handelt, daß auf dem Spiel das Werk eingerührt haben, denen vielleicht einige kommunistische Witzköpfe und Eingänger auf den Leim gegangen. Daß sich kommunistische Organisationen auf den Unsinn eingelassen haben sollten, halten wir für ausgeschlossen. Zumal Moskau je jetzt für notwendig hält, einmal wieder vor voreiligen Offensiven zu warnen. Daß Volksempfehlen, die den monarchistischen Verschwörern gern die Mauer machen möchten, den Schwindel in auffälliger Aufmachung von der reaktionären L.-A. in die Öffentlichkeit bringen zu lassen, erhöht den Verdacht.

### Kommunistenverfolgungen in Jugoslawien.

Wie vorausgesehen war, haben die beiden Attentate — das miltungene Attentat gegen den serbischen Prinzregenten und die Ermordung des früheren Innenministers Drastowitsch — den willkommenen Anlaß gegeben, um die Staatsgewalt auf die Kommunisten loszulassen. Wir erfahren über die Kommunistenverfolgungen, die bereits in aller Schärfe eingeleitet haben:

Wien, 25. Juli. Wie die Presse aus Belgrad meldet, hat Ministerpräsident Pašić infolge des Attentats auf den früheren Minister Drastowitsch keine Auslandsreise verschoben. Wie verlautet, soll das Parlament zu einer sofortigen Tagung zusammengetreten, um die außerordentlichen Maßnahmen der Regierung gegen die Kommunisten zu billigen. Wie die Presse weiter meldet, wurden gegen 600 Personen verhaftet, welche den verschiedenen Gesellschaftskreisen angehören.

Belgrad, 24. Juli. Slovenski Narod meldet aus Belgrad, der Justizminister werde im Ministerrat vorschlagen, die kommunistischen Abgeordneten den Gerichten auszuliefern, weil sie ihre Immunität zur Aufwieglung und Organisation von terroristischen Vereinigungen mißbraucht hätten.

### Vertrauensvotum für Bonomi, gegen den Faschismus.

III. Rom, 25. Juli. Nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Bonomi, in der er sich in scharfer Weise gegen die faschistischen Umtriebe wandte, hat die Kammer mit 302 gegen 128 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt. Gegen die Tagesordnung stimmten nur die Sozialisten, Faschisten, Kommunisten, sowie einzelne Republikaner.

### Schwere Niederlage der Spanier in Marokko.

Paris, 23. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Madrid sollen erste Nachrichten aus spanisch-Marokko dort eingetroffen sein. Der Berichterstatter des Pariser Journal erzählt, daß Eingeborene einen vorgeschobenen Posten bei Melilla angegriffen hätten. Man habe von mehreren hunderten Toten und Verwundeten gesprochen. Einem Gerücht zufolge habe sich wegen der Niederlage der spanischen Truppen der Reichshaber Sylvester das Leben genommen.

II. Madrid, 25. Juli. Das Kriegsministerium erhielt die Nachricht, daß die spanischen Truppen die Stellungen von Sidi-Driss geräumt haben. Die Kämpfe dauern an. Verstärkungen sind bereits abgegangen.

### Das Programm der belgischen Sozialdemokraten.

Brüssel, 23. Juli. Der Generalkongress der sozialdemokratischen Partei hat sich in der letzten Sitzung mit der Militärfrage und der Frage der Neuwahlen für das Parlament beschäftigt. Der Grundgedanke der nationalen Verteilung im Falle eines Angriffs wurde zugelassen. Die Mehrheit des Generalkongresses trat für Neuwahlen im Oktober ein. Das Wahlprogramm, das festgelegt wurde, ist das folgende: sechsmonatige Militärdienstzeit, Versicherung bei Unfall, Invalidität und im Alter, ein Statut für die Angestellten des Staates, Regelung der Heimarbeit, obligatorischer Fachunterricht für alle Personen zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr, Sozialisierung der Eisenbahn einschließlich der Schmalspurbahnen, der Bergwerke und der elektrischen Kraftanlagen, Versicherungsmonopol und Fortentwicklung der Steuererhebung durch besondere Belastung des erworbenen Reichtums. Ueber die Agrarfrage und die Finanzfrage soll später entschieden werden.

### Belgien als Hort der Reaktion.

Brüssel, 23. Juli. Die belgische Kammer hat mit Stimmenmehrheit abgelehnt, den Frauen das Stimmrecht für die Provinzialwahlen zuzuerkennen. Für das Wahlrecht stimmten die Katholiken. Da die Katholiken im Senat die Mehrheit besitzen, ist ein Konflikt zwischen Kammer und Senat nicht ausgeschlossen.

### Die „Verfassungstreuen“.

Der politische Himmel im Freistaat Sachsen hat nach den Versicherungen der bürgerlichen Presse erneut gefährdende „Be-woelferung“ aufzuweisen. Die Kundgebungen der Enttäuschten und Empörten drängen sich nur so. Die Bürger- und Beamtenseelen kocht, daß es dampft. Und wenn man den diversen Herfurth- und den angeblich demokratischen Organen glauben darf, dann ist das „gesamte Bürgertum“ in fürchterlicher Erregung, in einem Stadium, in dem gefährliche, verwerfliche Entschlüsse reifen können, während die „verfassungstreue“ Beamtenschaft, tief verletzt, bis ins Mark getroffen, nur mit Mühe das Schreckliche mit Würde zu tragen noch imstande ist.

Die Kappistenpresse vom Peterssteinweg läßt natürlich keinen Tag vergehen, ohne das Feuer, an der das deutsch-nationale Süpplein gekocht werden soll, durch kleine und größere Scheite neu anzufachen. Genosse Kappel wird von den an diesem Papier tätigen Meistern des Anstands und des guten Tones in der bekannten unverfälschten Weise angepöbel, über die sich kein vernünftiger Mensch noch einen Augenblick aufregt. Wenn diese charakterlosen Gesellen, die im Dienste Herfurths so etwas wie Ueberzeugung zu produzieren vorgeben, Gesellen, die von einer Partei zur anderen überlaufen, je nach der Konjunktur, die die Zugehörigkeit zur demokratischen Partei mit der Tätigkeit an einem eindeutigen Organ, wie es das Herfurthpapier ist, vereinbar halten, wenn solche klagliche Gestalten einen aufrechten Mann zu belumpeln versuchen, so laßt jeder, der ein wenig Gefühl für Anstand und Wertunterschied von Persönlichkeiten besitzt. Mit ihren Anwürfen halten wir uns nicht weiter auf. Dagegen mag man eine erneute Aeußerung des Herrn Ministerialdirektors Boeller registrieren, die der Herr, vertrauend auf den neuen Kurs, der die Beamten nicht so behandelt, wie es in dem vor-novemberlichen Staate geschah, der das Ideal des Herrn Ministerialdirektors ist, in der Presse als Antwort auf die Entgegnung des Genossen Lipinski veröffentlicht. Es heißt darin:

Tiefe Besorgnis um die Zukunft unserer Staatsverwaltung und um den Geist und die Güte unseres Beamtentums war die Triebkraft zu meinem Schreiben. Diese Besorgnis hat auf der Gegenseite keine Würdigung gefunden.

Es wird nicht gelingen, einen Reiz zwischen die Beamtenschaft zu treiben. Die gemeinsame Abwehr wird uns um so enger zusammenknechten, dessen bin ich gewiß. Herr Minister Lipinski spricht in seinem Artikel nur von den „höheren Staatsbeamten“. Die Schritte, die in der Sache getan worden sind, hat aber der Bund sächsischer Staatsbeamten (B. S. S.) unternommen, also die Beamtengewerkschaft, in der fast alle sächsischen Beamten zusammengeschlossen sind, und zwar Beamte aller Gruppen. Die Frage, die gelöst werden muß, ist ja auch eine Lebensfrage des ganzen Beamtentums.

Die Beamten haben niemals Anspruch auf Anteil an der Regierungsgewalt erhoben. Die Gewerkschaft hat vielmehr nur das verlangt, was der Amtsvorgänger des Herrn Ministers Lipinski zugestimmt hatte, nämlich: daß vor Abweichungen vom Erfordernisse der Sachausbildung — ich bitte, auf die Worte zu achten — eine Verständigung mit der Beamtengewerkschaft gesucht werde. Wie kann darin der Anspruch auf Mitbestimmung an der Staatsgewalt erblickt werden? Die Zulage ist in den von Herrn Lipinski veröffentlichten Vorschlägen des Herrn Ministers nicht enthalten, die dieser — nach einer gemeinsamen Verhandlung mit den Beamtengewerkschaften und einigen Abgeordneten der damaligen Reichsparteien — als Grundlage für die Lösung des Problems der „Demokratisierung“ herausgegeben hatte. Sie stellt also zweifellos das Mindeste dar, was die Regierung einzuräumen gewillt war. Sie gab uns Beamten bis zur endgültigen Klärung der Frage eine Gewähr, daß man bei der Einstellung von Nichtbeamten nicht achtlos die Rechte und Notwendigkeiten unseres Berufs beiseite schieben werde. Es war selbstverständlich, daß die endgültige Entschliessung den nach der Befassung verantwortlichen Ministern vorbehalten bleiben sollte. Die Achtung vor dem beiderseitigen Willen hatte aber zwischen Ministern und Beamten ein Verhältnis geschaffen, das eine Verständigung im einzelnen Falle erhoffen ließ. Die Beamten hätten in der Zulage eine Grundlage erhalten, aus der sie wieder Ruhe und Sicherheit gewinnen konnten.

Herr Minister Lipinski hat diese Grundlage zerstört. Er will keine Verständigung. Er hat es abgelehnt, die kühnsten Vorschläge weiter zu verfolgen, so daß sich das Beamtentum, worüber nach den Zusammenhängen kein Zweifel sein kann, der Parteilosigkeit ausgeliefert sieht. Das ist der Angriff des Herrn Ministers gegen die Beamten, der uns zum Abwehrkampf zwingt, wenn wir uns nicht unsere geistige Freiheit und die Würde unserer Persönlichkeit rauben lassen wollen.

Ich habe meinen Brief nicht als Vertreter der Beamtengewerkschaft geschrieben und schreibe auch heute nicht in solcher Eigenschaft. Aber das eine will ich sagen: Man weiß, welcher großer Einfluß den Arbeitergewerkschaften auf die Berufsverhältnisse ihrer Angehörigen und darüber hinaus auf das öffentliche Leben eingeräumt ist. Wie muß es unsere Beamten berühren, wenn unserer Gewerkschaft in einer Frage, die uns im innersten Wesen trifft, auch nur der Versuch einer Verständigung versagt werden soll, wenn auf der andern Seite der Herr Minister den Organisationen seiner Partei einen Einfluß auf Beamtenernennungen einräumt, wie wir ihn selbst nie fordern würden! Der Herr Minister hat nach dem Bericht in Nr. 162 der Dresdener unabhängigen Volkszeitung auf der Verammlung der U.S.P. Sachsens in Leipzig am 10. Juli 1921 seinen Parteigenossen erklärt: Ich habe nicht einen einzigen